

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

12.05.2023

MdL Dirk Bruhn

TOP 36

Antrag der Fraktion der FDP

Heimische Gewässer und ihre Bewohner vor invasiven Arten schützen

Drucksache 8/2102

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

unter der Überschrift „Sensationsfund: Blaukrabbe in südlicher Ostsee nachgewiesen“ konnte ich letzten Mittwoch auf der Nachrichtenseite des NDR Mecklenburg-Vorpommern folgende interessante Nachricht, die am nächsten Tag alle Landesmedien aufgriffen, lesen: „An der Küste von Mecklenburg-Vorpommern ist eine dort bislang unbekannte Krabbenart aufgetaucht: die Blaukrabbe. Bei dem Fund auf Usedom handelt es sich nach Angaben des Deutschen Meeresmuseums in Stralsund um den ersten Nachweis der Krabbe an der südlichen Ostseeküste. "Das ist wirklich eine Sensation", so Ines Martin vom Museum. Eigentlich stamme die Art von der amerikanischen Ostküste.“ Wie passend zum Antrag der FDP, dachte ich bei mir. Schon wieder eine invasive, marine Art. Aber bei bisher nur zwei in der Literatur dokumentierten Einzelfunden für die Ostsee in den Jahren 1951 und 2007, scheint uns diese Krabbe vor keine größeren Herausforderungen zu stellen. Zumal, wie es in den Landesnachrichten weiter hieß, sei die Krabbe für die Fischerei sehr interessant, da vor allem das Muskelfleisch in den Gliedmaßen als Delikatesse gelte. Allein diese Nachricht macht für mich sehr deutlich, dass der vorliegende Antrag nicht einfach mit Zustimmung oder Ablehnung zu beantworten ist. Und eines macht sie auch deutlich: Die im Antrag getroffenen Feststellungen sind in Teilen zwar zutreffend, aber undifferenziert und pauschal dargestellt. Und ich kann auch nicht erkennen, dass ausgerechnet im Wasser lebende invasive Arten uns vor andere oder größere Herausforderungen stellen als eingewanderte Insekten wie die Tigermücke, der Eichenprozessionsspinner oder die Moniermotte, Vögel wie der Nandu, Säugetiere wie Mink, Marderhund und Waschbär oder Pflanzen wie der Sibirische Riesenbärenklau. Klimawandel und die Segnungen einer globalisierten Welt können eben auch ein ziemlicher Fluch sein.

An meinem Einstieg merken Sie schon, wehrte Kolleginnen und Kollegen, wie komplex das Thema mit den invasiven Tier- und Pflanzenarten ist. Mal gut, mal mit echt schlimmen Auswirkungen, mal einfach eine natürliche Anpassung der Natur an das sich ändernde Klima, mal mit Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen, mal mit Verdrängung bisher in unseren Breiten vorkommender Arten, mal mit echtem Nutzen für Land- und Forstwirtschaft oder Fischerei, es ist eben ein sehr schwieriges Thema.

In Ihrem Antrag aber, sehr geehrte Frau van Baal, mischen Sie, neben den Verallgemeinerungen und pauschalen Betrachtungen des Feststellungsteils, einiges wild durcheinander. Da soll z. B. eine allgemeine Anlandeverpflichtung für invasive Fischarten nach dem Vorbild anderer Bundesländer, die Binnenländer sind, festgelegt werden, ohne dass Sie konkretisieren, um welche Arten es sich handeln soll, ob auch Krebstiere und Muscheln sowie Korallen

mitbetrachtet werden sollen und ob es sich um Arten in marinen Gewässern oder in Binnengewässern handelt. Daneben soll die Landesregierung in den Dialog mit der Wissenschaft treten und dabei die Fischer, Angler und Naturschützer einbeziehen. So sollen dann Lösungen gefunden werden, wie wir mit dieser Problematik umgehen und dies in Gesetzesform gegossen werden. Zusätzlich soll im Rahmen der AMK die Problematik von invasiven Arten in den Gewässern Deutschlands aufgerufen werden. Ich denke, die meisten Agrarminister interessiert das wegen Nichtbetroffenheit überhaupt nicht, dafür wäre dies sicher ein wunderbares Thema für die UMK. Sie fordern auch, im Rahmen der zuvor geforderten gesetzlichen Neuregelungen keine weitere Bürokratie aufzubauen, insbesondere möglichst keine weiteren Vorschriften zu erlassen. Das nenne ich mal einen Widerspruch in sich, weil dann auch gleichzeitig, und jetzt ein Zitat aus Ihrem Antrag: „die Fischer- und Anglerschaft in Kooperation mit den entsprechenden Interessenvertretungen mit praxistauglichen Informationen zur Umsetzung der zu schaffenden gesetzlichen Neuregelungen im Umgang mit invasiven Arten in den Gewässern Mecklenburg-Vorpommerns zu versorgen.“ sind.

Mein Fazit zu Ihrem Antrag lautet daher: Nicht immer führt der anerkennenswerte und gute Wille auch zu guten Vorschlägen oder Lösungen. Daher werden wir Ihren Antrag leider ablehnen müssen. Wenn wir aber gemeinsam tiefer in die Problematik einsteigen wollen, können Sie durchaus, liebe Kollegin van Baal, das Thema der Invasiven Arten in den Gewässern Mecklenburg-Vorpommerns, für eine der nächsten Ausschusssitzungen anmelden. Sie erinnern sich, dass wir durchaus auf der Suche nach Themen aus den Fraktionen für die Sitzungen des Agrarausschusses waren. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.